

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/96

Bonn, den 20. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Die Straße nach Europa wird breiter

45

Nach den ersten Besuchstagen der britischen Königin

2

"Altmodisch"

46

SED fürchtet die Politik der kleinen Schritte

Von Rolf Heyen, Berlin

3

Skandalös

44

Bürokratismus und seine Folgen

4 - 5

Ein Gemeinde-Minister in Schweden

78

Neue Gemeinde-Reform: Herzstück der gesellschaftlichen
Strukturveränderungen

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Die Straße nach Europa wird breiter

Nach den ersten Besuchstagen der britischen Königin

G.M. - Der erste Teil des Besuches der britischen Königin Elizabeth II. in der Bundesrepublik Deutschland ist vorüber. Er galt der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn und der politischen Repräsentanz der deutschen Demokratie. Der britischen Königin wurde hier ein ehrenvoller und überaus herzlicher Empfang zuteil. Die Bevölkerung begrüßte, wie es vorauszusehen war, diesen Besuch als den Ausdruck einer seit langem gewünschten Freundschaft zwischen dem britischen und dem deutschen Volk. So wird es auch in den übrigen Städten in der Bundesrepublik und in der deutschen Hauptstadt Berlin sein.

Die Königin Großbritanniens ist bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik von der Zustimmung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung Großbritanniens begleitet. Dadurch gewinnt ihre Reise erhöhte politische Bedeutung für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den Völkern Europas. Es gab eine Zeit, da glaubte man gleichermaßen in Deutschland und in England, so bald würde ein solch demonstrativer Schritt der Annäherung zwischen dem Inselreich und dem europäischen Kontinent nicht möglich sein. Nicht nur die 1963 auf Initiative Frankreichs erfolgte Abweisung Englands bei dem Versuch, sich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu nähern, war der Grund für einen solchen Pessimismus. Auch die seit Jahrzehnten bestehenden Bindungen der Staaten des britischen Commonwealth zu England erschwerten den Weg nach Europa.

Heute stehen wir vor einer neuen Situation. Die konservative Regierung Englands wurde von einer Labour-Regierung abgelöst. In den wenigen Monaten seiner Regierungszeit hat Premierminister Harold Wilson nichts unversucht gelassen, um die Beziehungen Englands zu den EWG-Staaten zu verbessern. Deshalb kann der Besuch der britischen Königin in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin, die natürliche Aufgeschlossenheit der Gäste und die Sympathiewelle der deutschen Bevölkerung, die ihnen entgegenschlägt, ohne Übertreibung als eines der wichtigsten Ereignisse in der jüngsten Geschichte Europas gewertet werden.

Zweifellos wird es auch nach den frohen Besuchstagen noch zahlreiche ernste Probleme geben, die ohne Überschwenglichkeit in sachlicher Atmosphäre diskutiert werden müssen. Aber allein die Tatsache, daß sich Großbritannien dem Kontinent gegenüber jetzt so aufgeschlossen zeigt, gibt zu der Hoffnung Anlaß, auch die übrigen Staaten der Freihandelszone werden den Besuch der Königin als einen Brückenschlag zwischen EWG und EFTA betrachten.

So wird der Besuch der britischen Königin zu einem Politikum, dessen Bedeutung über den Begriff der Repräsentation weit hinausreicht. Es gilt jetzt, Hemmungen und Mißverständnisse der Vergangenheit endgültig zu überwinden und die Straße nach Europa so breit wie möglich zu machen.

"Altmodisch"

SED fürchtet die Politik der kleinen Schritte

Von Rolf Heyen, Berlin

Eine SED-Versammlung brachte es an den Tag: Ostberlin - oder wenigstens eine Gruppe innerhalb der SED-Führung - ist in Bedrängnis geraten. Willy Brandts Forderung nach Wiederaufnahme des 1952 unterbrochenen gesamtberliner Telefonverkehrs ist Gegenstand von Diskussionen im anderen Teil der Stadt geworden. Nicht nur in den höchsten Spitzzen der SED-Führung. Einige Beispiele: Während einer Sitzung der ostberliner Bezirksleitung der SED erklärten jüngere Parteimitglieder, die Partei laufe Gefahr "altmodisch" zu werden. Nur eine knappe Mehrheit entschied sich nach langen Debatten für eine weitere Blockierung des Telefonverkehrs. Auch in Betriebsversammlungen wird in letzter Zeit immer häufiger gefordert, das Telefonieren zwischen Ost- und Westberlin wieder zu ermöglichen. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es in den Weissenhofer Rundfunk-Betrieben "Stern-Radio". Jüngere Techniker und Ingenieure stellten sich auf den Standpunkt, dass die Spaltung des Telefonnetzes nicht mehr vertretbar sei. "Schliesslich gibt es genügend technische Möglichkeiten," so sagen sie, "die Gespräche zu überwachen."

Die Arbeiter hielten den Funktionären vor: "Angoblich sind wir doch stark genug, um alles in der Hand zu halten." Doch das Selbstbewusstsein der SED-Führung und das Vertrauen in die eigene Sache scheint nicht sonderlich gross zu sein. Die immer wieder gross herausgestellte SED-Forderung nach einem "Weltniveau" wird von den mittleren und kleinen Funktionären offensichtlich grosszügiger interpretiert, als es zur Zeit manchem Spitzenfunktionär recht ist.

Willy Brandt hatte am Sonnabend auf dem Landesparteitag der Berliner SPD noch einmal den Wunsch des Berliner Senats betont, die innerstädtischen Telefonverbindungen wiederherzustellen. In einer ersten Phase, so schlug Brandt vor, müsste die Fernsprecheinrichtung dann so abgewickelt werden, wie früher zwischen zwei voneinander getrennt liegenden Orten. Dabei würde bei einem Anmeldeverkehr die Möglichkeit der Überwachung gegeben sein. Das sei nicht sympathisch, aber wenn man davon ausgehen müsse, so richte man sich eben darauf ein.

Die Telefonverbindung könne somit ein weiterer kleiner Schritt zur Erleichterung der Situation der gespaltenen Stadt sein.

Die Verlegenheit der ostberliner Amtsstuben wurde offenbar. Sie begannen, den Telefonverkehr damit zu torpedieren, daß sie vom Senat die "Bekämpfung der Bonner Atomkriegspläne" verlangten. Dieser plump-propagandistische Schachzug macht wieder deutlich, dass bestimmte Kreise in der SED die Politik der kleinen Schritte fürchten und in jeder menschlichen und technischen Erleichterung eine Gefährdung ihrer Position sehen.

Die Diskussion innerhalb der SED darf sicher nicht überbewertet werden. Eines macht sie jedoch deutlich: Kleine Schritte führen nicht nur zu humanitären Erfolgen. Sie haben auch politische Nebenwirkungen. Sie sind deshalb kein Ausdruck einer "weichen" Politik; sie sind offensiv.

Skandalös

Bürokratismus und seine Folgen

sp - Bonn hatte und hat in diesen Tagen neben dem Besuch der britischen Königin Elizabeth noch einen anderen die Gemüter tief berührenden Vorgang zu verzeichnen. Er löste keine Begeisterung und kein Händeklatschen aus. Für die direkt Betroffenen ist es wahrhaft ein tragischer Fall; für jene, die dafür verantwortlich sind, gereicht er nicht zum Ruhm. Folgendes ist geschehen:

In einer Kaserne, die als Notunterkunft für bombengeschädigte Familien dient - und dies 20 Jahre nach Kriegsende! - erkrankten elf Kinder im Alter von zwei bis zwölf Jahren an Tuberkulose. Die Entdeckung erfolgte durch Zufall. Vielleicht wird sich die Zahl noch vermehren. Die unbeschreiblichen Zustände in dieser von 270 Menschen bewohnten Kaserne waren schon seit Jahren bekannt. Sie beschäftigten wiederholt die Öffentlichkeit und den Bonner Stadtrat. Die Räumlichkeiten strotzen vor Schmutz, viele Zimmer verfügen nicht einmal über eine Wasserleitung, in einem Kellerloch leben zwei Erwachsene mit sieben Kindern. Eine an Ort und Stelle vorgenommene Zählung ergab, daß in einem Falle für 16 Personen aller Altersschichten nur eine einzige Toilette zur Verfügung steht.

Die Kaserne gehört dem Bund. Niemand fühlte sich für die Abhilfe dieser menschenunwürdigen Zustände verantwortlich. Notwendigste Reparaturarbeiten unterblieben. Jahrelang gab es Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund; sie blieben im Dickicht bürokratischer Kompetenzstreitigkeiten stecken. Der Stadt Bonn fehlen für den Bau neuer Unterkünfte die finanziellen Mittel und auch die Grundstücke. Ihre Bitten beim Bund fanden kein Gehör. Die Ehre, provisorische Bundeshauptstadt zu sein, kommt dieser Stadt teuer zu stehen. Sie steckt tief in den Schulden. Weil sich Bund und Land nicht einigen konnten, starben Kinder an Tuberkulose erkrankten.

Das Wort von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist im Grundgesetz zu finden. Wie aber kann sie gewahrt werden, wenn Menschen Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung zum Opfer fallen und dies ohne eigenes Verschulden? Die meisten dieser in der Kaserne Lebenden hatten früher einmal bessere Wohnverhältnisse gekannt. Bei ihnen Verständnis für Zuständigkeitskompetenzen zu verlangen, hieße Unmögliches zu fordern.

Die Zustände in dieser Kaserne haben in einer Fragestunde auch den Bundestag beschäftigt. Der Staatssekretär für die Verwaltung des Bundesvermögens versprach Abhilfe. Hoffentlich wird sie bald erfolgen. Das Ganze ist ein trauriges Schulbeispiel dafür, was Menschen bei ungeklärten Zuständigkeiten von Behörden geschehen kann. Sie kommen unter die Räder. Und dies in Bonn, der Stadt glanzvoller Empfänge.

Ein Gemeinde-Minister in Schweden

Neue Gemeinde-Reform: Herzstück der gesellschaftlichen Strukturveränderungen

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Noch vor dem Sommer - spätestens aber im Herbst - wird in Schweden ein Gemeinde-Minister ernannt werden. Es wird aus dem Arbeitsbereich des überlasteten Innenministeriums die umfangreiche Agenda der neuen Gemeinde-Reform übernehmen, deren Ziel die Zusammenfassung aller Gemeindeverwaltungen Schwedens in höchstens 282 Groß-Gemeinden ist.

Diese Reform ist notwendig, weil die Ausbreitung des Wohlstandes in immer breiteren Bevölkerungsschichten dazu geführt hat, daß von den Gemeinden immer gediegenere und umfangreichere Leistungen erwartet werden.

Erstklassige Fachärzte standen früher nur einer kleinen Minderheit der Bevölkerung in Privatkliniken zur Verfügung. Heute kann jedermann in Schweden in modernen Krankenhäusern diese Hilfe beanspruchen. Krankenhäuser solcher Qualität und solchen Ausmaßes können nur von wirklichen Groß-Gemeinden oder Gemeindeblocks unterhalten werden.

Gymnasien - doppelt so viele als vor 20 Jahren

80 Prozent aller Schweden, die während der dreißiger Jahre geboren wurden, schlossen ihre Schulbildung nach acht Jahren Volksschule ab. Heute setzen 45 Prozent aller Schüler ihre Ausbildung in Gymnasien und Fachschulen fort, also mehr als doppelt so viele als vor 20 Jahren. Und 1970 - wenn die gegenwärtige Schulreform abgeschlossen sein soll - werden es mindestens 70 Prozent aller Jugendlichen sein. Das Mittelschulwesen, welches sich wie die Grundschule auf die Gemeinden stützt, wird also stark ausgebaut werden müssen. - Die neue neunjährige Grundschule gibt in den höchsten Klassen eine große Wahlfreiheit in den Studienfächern. Das setzt sehr große Schulen voraus, deren Unterhalt kleine Gemeinden nicht bestreiten können.

Ende 1948 gab es in Schweden 262.400 Autos; heute sind es mehr als 1.800.000 (bei 7.500.000 Einwohnern). Die rasch gestiegene Verkehrsdichte stellt die Gemeinden heute vor Probleme in ganz anderen Größenordnungen als vor 20 Jahre.

Die wirtschaftliche Entwicklung schließlich fördert die Entstehung von Groß-Gemeinden, denn die wachsende Größe der Wirtschaftsunternehmungen setzt für deren Standort immer größere Bevölkerungsunterlagen voraus.

Wo immer den Gemeinden Aufgaben gestellt sind, haben sich seit Kriegsende tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Schon Anfang 1952 wurde aus diesen Gründen eine Gemeinde-Reform durchgeführt. Damals gab es in Schweden 2.498 Gemeinden, darunter 133 mit Stadtrecht. Ihre Zahl wurde auf 1.037 vermindert. Die Reform stieß in vielen Orten auf Widerstand, insbesondere dort, wo Kleingemeinden auf ihre uralten Traditionen stolz waren. Die Entwicklung ließ sich aber nicht aufhalten.

Zusammenschluß zu Groß-Gemeinden

Sehr bald erwies sich die Reform als unzulänglich. Vor kurzem hat daher der Reichstag eine neue Gemeinde-Reform beschlossen. Derzufolge zunächst aus den noch bestehenden Gemeinden höchstens 282 Gemeindeblöcke gebildet werden sollen. In jedem solchen Block wird ein Koordinationsamt dafür sorgen, daß die Krankenhaus-, Schul-, Verkehrs- und Wirtschaftsfragen u.ä. der angeschlossenen Gemeinden nach einheitlichen Plänen gelöst werden. Die meisten Koordinationsämter haben ihre Planungsarbeit bereits begonnen. Ihre Arbeit dürfte sehr bald zum Zusammenschluß in einer Groß-Gemeinde führen. Ein treibender Faktor wird hierbei die Steuerhoheit der schwedischen Gemeinden sein, welche selbst die für ihre Finanzgebarung entscheidend wichtige kommunale Einkommenssteuer beschließen. Ihre zweite große Einnahmequelle sind staatliche Zuschüsse. Die Mittel für die koordinierten Arbeitsbereiche in den Gemeindeblöcken müssen im wesentlichen aus dem Steueraufkommen der einzelnen Gemeinden aufgebracht werden. Man wird dann nicht mehr mit individueller Steuerhoheit rechnen können, sondern die Steuerhoheit auf die Gemeindeblöcke übertragen müssen.

Nicht erzwungen, sondern ausgehandelt

Die Bildung der Gemeindeblöcke mit ihren Koordinationsämtern, die Arbeitsformen dieser Ämter und die Entstehung der neuen Groß-Gemeinden soll nicht erzwungen, sondern ausgehandelt werden. Das setzt eine große Sachkenntnis und ein gutes Einfühlungsvermögen bei dem künftigen Gemeinde-Minister und seinen Mitarbeitern voraus.

Wenn die große Strukturveränderung in der schwedischen Gesellschaft, die von der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung vorangetrieben wird, harmonisch geschehen soll, muß durch die Gemeinde-Reform die organisatorische Basis für alle die anderen mit dieser Umgestaltung zusammenhängenden Reformen geschaffen werden. Das Gelingen der Schul-Reform, des Ausbaues der Krankenhäuser und der Verkehrs-Reform, die Lösung des Wohnungsproblems und das Fünf-Jahres-Experiment zu einer zweckmäßigen Standortbestimmung der Wirtschaft wird zu einem guten Teile von der Tüchtigkeit des neuen Ministeriums abhängen.